



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/3391

Informationsaustausch bayerischer Behörden im Zusammenhang mit der Einstellung eines Proberichters mit rechtsextremem Hintergrund

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen mündlich zum Informationsaustausch zwischen den Behörden im Zusammenhang mit der Einstellung eines Proberichters mit rechtsextremem Hintergrund zu berichten.

Insbesondere ist darauf einzugehen,

1. ob Maik B. bei seiner Bewerbung beim Staatsministerium der Justiz Angaben zu seiner rechtsextremistischen Vergangenheit gemacht hat und, falls er keine Angaben hierzu gemacht hat, welche Konsequenzen dies für ihn haben wird, insbesondere ob seine Ernennung mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen ist und die gezahlten Bezüge zurückzufordern sind,
2. welche Erkenntnisse über Maik B. an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz von anderen Verfassungsschutzbehörden weitergeleitet worden sind bzw. welche eigenen Erkenntnisse ggf. vorlagen und wie valide die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden über Maik B. waren,
3. ob diese Erkenntnisse vom Landesamt für Verfassungsschutz an das Staatsministerium der Justiz weitergeleitet worden sind und ggf. weshalb dies nicht erfolgt ist,
4. welche Konsequenzen aus diesem Vorgang unter anderem in Bezug auf die Überprüfung der Verfassungstreue von Beamten im Freistaat gezogen werden und ob z.B. beabsichtigt ist, für bestimmte herausgehobene Positionen (z.B. Richter und Staatsanwälte) wieder eine Regelanfrage einzuführen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident